



MITTWOCH, 12. SEPTEMBER 2018

AARAU

AARGAUER ZEITUNG

AZ 5000 Aarau | Nr. 211 | 23. Jahrgang
redaktion@aargauerzeitung.ch 058 200 58 58
abo@aargauerzeitung.ch 058 200 55 55
inserate@aargauerzeitung.ch 058 200 53 53

Aargau

Streit um Idee für privatisierte Spitäler

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer sowie der Aargauische Gewerbeverband haben mit ihrem Ruf nach Privatisierung der Kantons-spitäler in ein Wespennest gestochen. Für die SP Aargau ist das ein «No-Go». Sie befürchtet, da blieben Patienten, die hohe Kosten und wenig Erträge bringen, auf der Strecke. Bei der FDP hingegen steht die Privatisierungsidee schon länger auf der Agenda. Im Vordergrund stehe dabei aber nicht Kostensenkung, heisst es. Zudem sei das Thema sehr sorgfältig anzugehen. SEITE 22

Soll Aargau Spitäler privatisieren?

SP will von Privatisierung nichts wissen - FDP fordert langfristig mindestens Teilverkauf

VON MATHIAS KÜNG

Für die SP Aargau ist der Ruf nach einer Privatisierung der Spitäler ein absolutes «No-Go». Das machte sie gestern als Reaktion auf eine Studie der Wirtschaftsverbände und deren Forderungen (AZ von gestern) sogar per Communiqué klar. Die Forderungen, welche der Gewerbeverband und die Handelskammer im Gesundheitsbereich aufstellen, seien «ungeeigneter - und gefährlicher», so die SP. Denn belastet würden letztlich die Patientinnen und Patienten - zumindest diejenigen, die sich keine Privatversicherung leisten könnten. Warum? SP-Präsidentin und Grossrätin Gabriela Suter zur AZ: «Eine Privatisierung wird die Menge der Gesundheitsleistungen nicht verringern. Vielmehr führt sie zu einer Überversorgung, wo Renditen winken und zu Unterversorgung, wo finanzielle Anreize fehlen. Auf der Strecke blieben Patientinnen und Patienten, die hohe Kosten und geringe Erträge bringen: betagte, chronisch, psychisch, mehrfach kranke Menschen.» Deshalb befürchte die SP, dass die Leute Zusatzversicherungen abschliessen müssten, um zu der Pflege zu kommen, auf die sie ein Anrecht haben.

Aber hat der Kanton nicht alle Möglichkeiten, den Spitälern entsprechende Auflagen zu machen? Schon, sagt Suter, aber es käme durch einen Verkauf zu einem entscheidenden Kontrollverlust, «insbesondere bei der Qualität der Leistungen und bei den Arbeitsbedingungen. Für uns ist klar, das Gesundheitswesen ist Service public. Dazu gehört unabdingbar das Eigentum des Kantons an seinen Spitälern. Nur so hat er alle Kontrolle darüber.» Wenn man sparen wolle, hätte



Sollen die Kantonsspitäler (im Bild der Eingang zum KSA) privatisiert werden? HO

die SP viele Ideen: «Zum Beispiel eine Einheitskrankenkasse, Vorgehen gegen überrissene Medikamentenpreise, mehr Gesundheitsförderung und mehr dafür tun, dass die Menschen möglichst lange daheim gepflegt werden können».

Mehr Markt im Gesundheitsbereich bringe keine Kostensenkung, das sei mehrfach bewiesen worden, sagt die SP-Präsidentin. Sie ist überzeugt: «Insgesamt käme es zu einer Verschlechterung der Qualität in der Gesundheitsversorgung - zu einer Zweiklassenmedizin, in der sich nur noch Privatpatientinnen und -patienten eine gute Behandlung leisten können.» Und die Gewinne, die Anbieter damit machen, dienen nicht der Gesund-

heit, sondern der Gewinnmaximierung privater Investoren.

FDP: Geld nicht im Vordergrund

Ganz anders tönt es bei der FDP Aargau. Sie hat jüngst eine Liberale Agenda zur Gesundheitspolitik veröffentlicht. Sie fordert eine qualitativ hochstehende, effiziente und bezahlbare aargauische Akutversorgung. Zur Spital-Trägerschaft heisst es darin, der Kanton könne heute gegenüber den Spitälern keine klare Strategie verfolgen. Seine unterschiedlichen Interessen als Eigentümer, Leistungserbringer, Finanzierer, Regulator und Kontrolleur könnten langfristig geklärt werden durch den zumindest

teilweisen Verkauf seiner beiden Zentrums-spitäler. Damit würden die Marktkräfte in der Gesundheitsversorgung gestärkt. Die Versorgungssicherheit bliebe gewährleistet. Wie kommen sie darauf? Der Kanton bleibe ja «Leistungsbesteller und Hauptfinanzierer und hat damit alle nötige Macht, um das Angebot der Spitäler zu steuern und zu kontrollieren», sagt FDP-Grossrätin und Gesundheitspolitikerin Martina Sigg.

Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung müsse man aber sorgfältig angehen. Sigg versteht die Ängste vieler vor einer Privatisierung: «Es ist sehr genau zu prüfen, welche Folgen eine Teil- oder Gesamtveräusserung hätte. Und es wäre zu klären, Volksaktien auszugeben, sodass die Spitäler im Besitz der Bevölkerung bleiben, wie die Raiffeisenbank im Besitz ihrer Genossenschaftler ist.» Eine Volksaktie kenne beispielsweise das Medizinische Zentrum Brugg: «Das schafft Nähe und Vertrauen und ist die Antwort auf Ängste, ein Spital könnte an anonyme, an einer hohen Rendite interessierte Konzerne gehen.» Gleichwohl wäre auch zu prüfen, ob es mögliche Grossinvestoren gäbe. Das könnte ja auch eine institutionelle Organisation sein. Für Sigg stünden da nicht die Einsparungen im Vordergrund, «sondern die Entflechtung der zu vielen Hüte, die der Kanton hier trägt, was aber später dank Effizienzsteigerung und Reduzierung von Fehlanreizen zu Einsparungen führen sollte». In der Spitalgesetz-Revision steht die Privatisierungsfrage für sie nicht an erster Stelle: «Da gibt es Dringenderes. Von der Revision erwarte ich aber, dass sie die Basis für die nötige, spätere Privatisierungsdebatte legt.»

Das Aarburger Spitemodell als Vorbild

Die Wirtschaftsverbände fordern, Spitemleistungen auszuschreiben. Der Spitemverband sagt, es gebe keinen Markt, der spielen könnte.

VON NOEMI LEA LANDOLT

Es ist ein kleiner Triumph für die Aarburger Gemeinderätin und SVP-Grossrätin Martina Bircher. Im Mai verkündete sie stolz, dass Aarburg die Spitemkosten halbieren können. Die Gemeinde hatte den Auftrag für Spitemdienstleistungen ausgeschrieben und ihn an einen privaten Anbieter - jenen mit dem günstigsten Preis - vergeben.

Nun schlagen der Aargauische Gewerbeverband (AGV) und die Industrie- und Handelskammer (AIHK) als Sparmassnahme genau das vor. Sie sind überzeugt, dass die Aargauer Gemeinden mittelfristig 10 Millionen Franken pro Jahr sparen könnten, wenn die «Versorgungspflicht der Spitem mit vorgängiger Prüfung der Notwendigkeit» ausgeschrieben würde. Erst durch eine Ausschreibung könne der Marktpreis für die Leistung herausgefunden werden, sagte AIHK-Präsidentin Marianne Wildi am Montag, als die Wirtschaftsverbände ihre Forderungen im Hinblick auf das totalrevidierte Spitalgesetz vorstellten (AZ von gestern).

Für den Spitemverband Aargau geht diese Rechnung nicht auf. Präsidentin

Rebekka Hansmann sagt: «Wenn es in diesem Bereich überhaupt einen Markt gibt, der spielen könnte, dann nur im Kleinen.» Private Spitemorganisationen seien nicht in der Lage, grössere Einzugsgebiete abzudecken. «Gerade diese Grösse braucht es aber, um die laufend steigenden Anforderungen an die Spitem effizient zu meistern.»

Sparen beim Personal

Der Spitemverband war bereits skeptisch, als das Aarburger Modell als Wundermittel gegen die steigenden Gesundheitskosten präsentiert wurde. Der Verband warnte damals vor hohen Folgekosten. Diese Warnung kann Hansmann nur wiederholen. Der grosse Teil der Kosten - 85 bis 90 Prozent - falle bei

der Spitem beim Personal an. «Spart man in diesem Bereich zusätzlich, können insbesondere Menschen mit komplexem Pflegebedarf nicht mehr zu Hause versorgt werden.» Als Folge komme es vermehrt zu stationären Aufenthalten, was eine deutliche Kostenzunahme für die öffentliche Hand bedeute. Das sei genau das Gegenteil der Strategie «ambulant vor stationär».

Auch die SP Aargau kritisiert den Sparvorschlag in einer Mitteilung: «Wenn die Anbieter ihre Kosten durch tiefe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen senken, führt das letztlich zu schlechteren Leistungen.»

Dem widerspricht SVP-Grossrätin Clemens Hochreuter. Das Beispiel Aarburg zeige, dass das Modell funktioniere.

«Ich habe bis jetzt noch von keinen Reklamationen gehört - weder von Betroffenen noch von Angehörigen.» Das kann Martina Bircher bestätigen. Sie hätten die Qualität sogar steigern können. Bircher und Hochreuter begrüssen die Forderung der Wirtschaftsverbände, die Leistungen auszuschreiben und zusätzliche Player zuzulassen. Hochreuter ist überzeugt, dass Konkurrenz belebt. «Es gibt mehrere private Anbieter, die eine Chance verdient haben.» Der Markt spiele überall, sagt auch Martina Bircher. Das habe sich in Aarburg gezeigt. Um die Qualität machen sich der SVP-Grossrat und seine Parteikollegin keine Sorgen. «Keine Behörde kann es sich leisten, die Qualität nicht hochzuhalten», sagt Hochreuter.